

# SP INFO 4 & 5

NOVEMBER 2025

## WOHNEN

**Mietexplosion stoppen!**

## UNTERWEGS

**auf Velovorzugsrouten**

## ZU GAST

**Nationalrätin Barbara Gysi**

## DIE FRAGE

**Handys an Schulen?**

## PORTRÄT

**Alarmphone Schweiz**

## WAS MACHT EIGENTLICH

**eine Kantonsrätin?**

## LUST & FRUST

**Herbstlicher Prämien-Blues**

### Liebe Genoss:innen

Seit diesem Frühling bin ich im Vorstand der SP4 und freue mich, nun Teil des Redaktionsteams des SP INFO 4 & 5 zu sein. Es ist inspirierend, gemeinsam mit engagierten Menschen an Themen zu arbeiten, die unser näheres und weiteres Umfeld bewegen.

Für Bewegung sorgt auch der Schwerpunkt dieser Nummer: Stadtratskandidat Tobias Langenegger erklärt, wer hinter der Mietexplosion steht, und wieso man bei der wichtigen Abstimmung über das Vorkaufsrecht einmal JA und einmal NEIN stimmen muss. Gleich zwei Beiträge widmen sich dem alljährlichen, herbstlichen Krankenkassenprämiendebakel, dazu beleuchten wir die Diskussion um Handys an Schulen, berichten über die Seenotrettung im Mittelmeer und zeigen, wie es um die sicheren Velorouten in den Kreisen 4 und 5 steht. Wie es im Kantonsrat so zu und her geht und was man für dieses Amt alles mitbringen muss, sagt uns Kantonsrätin Nicola Yuste.



Viel Freude beim Lesen – und vielleicht den einen oder anderen Denkanstoss.

Andrea Hofstetter  
Vorstand SP4



## WOHNEN

# Mietexplosion stoppen – jetzt!

**Kaum ein Thema beschäftigt die Menschen in der Stadt Zürich mehr als die explodierenden Mieten. Am 30. November 2025 kommt unsere kantonale Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» zur Abstimmung. Diese ist zentral, um die Mietexplosion in den Griff zu bekommen. Es geht um nichts weniger als um die Frage, wem unser Boden gehört, und wer damit wie viel Rendite erzielen soll.**

100 Prozent. Um so viel sind die Mieten in der Stadt Zürich in den letzten 25 Jahren gestiegen. Im gleichen Zeitraum war die Teuerung ca. 15 Prozent, und im gleichen Zeitraum sind die Löhne schweizweit um ca. 30 Prozent gestiegen. Dass dies nicht aufgeht, ist klar. Wohl alle haben jemanden in ihrem Freundeskreis, die oder der sich die Stadt Zürich nicht mehr leisten konnte und wegziehen musste. Doch diese Entwicklung macht schon lange nicht mehr an der Stadtgrenze halt, auch kantonal sind die Mieten im gleichen Zeitraum um gut 65 Prozent gestiegen. Was ist passiert?

Eine zentrale Veränderung der letzten Jahre war der grosse Zuwachs an Immobilienfirmen. Während früher ein Grossteil der Mietwohnungen privaten Personen und Genossenschaften gehört hat, nahm der Wohnungsbesitz von Immobilienfirmen – darunter auch sehr dubiosen – in den letzten zwanzig Jahren massiv zu. Dies hängt insbesondere auch mit gesetzlichen Anpassungen Ende der 90er Jahre zusammen, die es neu ermöglichten, dass auch ausländische Investor:innen Geld in Schweizer Immobilien anlegen konnten. Unterdessen besitzen Immobilienfirmen am meisten Mietwohnungen in der Stadt Zürich. Wenn sie weiter Wohnungen kaufen wie bisher, besitzen sie bis 2050 jede zweite Mietwohnung in der Stadt. Wieso ist es ein Problem, wenn Immobilienfirmen immer mehr Wohnungen besitzen?

### Das Genossenschaftsmodell ist so einfach wie bestechend.

#### Alle müssen wohnen

In der Schweiz haben wir eine lange Tradition von selbstbewohntem Eigentum. Ein Teil der Bevölkerung kaufte sich ein Eigenheim. Der andere Teil, der sich das klassische Eigenheim nicht leisten konnte oder wollte, schloss sich in einer Genossenschaft zusammen und kaufte so eine Liegenschaft, um darin zu wohnen. Hilfe zur Selbsthilfe also. Das Genossenschaftsmodell ist so einfach wie bestechend: Alle müssen wohnen, deshalb schliesst man sich zusammen und schafft gemeinsam bezahlbaren Wohnraum. Eine Rendite soll mit der Miete nicht erzielt werden. Die Miete soll so hoch sein, dass damit die Finanzierungs- und Betriebskosten sowie die Amortisation bezahlt werden können. Die Miete deckt also die Kosten der Wohnung, weshalb sie Kostenmiete genannt wird. Ganz anders bei Immobilienfirmen: Ihr Ziel ist es, mit der Miete eine maximale Rendite zu erzielen, entsprechend explodieren die Mieten. Doch was kann man dagegen tun?

### Die hohen Mieten machen schon lange nicht mehr an der Stadtgrenze halt.

Um die explodierenden Mietpreise nachhaltig in den Griff zu bekommen, müssen wir die Eigentumsverhältnisse verändern. Der Anteil der renditemaximierenden Immobilienfirmen, die Wohnungen so teuer wie möglich vermieten, muss zurückgehen. Dafür braucht es viel mehr gemeinnützige Vermieter:innen, die eine Kostenmiete verlangen. Nur so werden die Mieten sinken, und genau hier setzt die Initiative an: Sie ermöglicht es den Städten und Gemeinden im Kanton Zürich, dass diese bei Verkäufen von Grundstücken an Immobilienfirmen intervenieren können. Konkret sollen sie bei solchen Verkäufen das entsprechende Grundstück zum von den Parteien vereinbarten Preis kaufen können.



## UNTERWEGS auf den Velovorzugsrouten

### Mogelpackung Gegenvorschlag

Heute erfahren die Gemeinden und Städte in der Regel erst im Nachhinein vom Verkauf von grossen Arealen – nämlich dann, wenn sie die Grundstückgewinnsteuer berechnen. Diese Intransparenz bei Verkäufen verunmöglicht es den Städten und Gemeinden, strategisch sinnvolle Areale zu kaufen und für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Initiative ist dabei ein wertvolles Instrument für mehr Transparenz.

### Ziel der Immobilienfirmen ist, eine maximale Rendite zu erzielen.

Dagegen ist der Gegenvorschlag eine absolute Mogelpackung. Er wurde auf Wunsch der Immobilienlobby eingebracht, um die Initiative zu verhindern. Beim Gegenvorschlag geht es um den subventionierten Wohnungsbau und nicht um Kostenmiete – das ist etwas völlig anderes. Zusätzlich fordert der Gegenvorschlag etwas, das sowieso gemacht werden muss. Deshalb ist es ganz wichtig, dass man nicht nur JA zur Initiative sagt, sondern auch NEIN zum Gegenvorschlag.

Tobias Langenegger, Vorstand SP5  
Kantonsrat



Zürich will Velostadt werden – im Kreis 4 lässt sich die Rückeroberung der Strasse live mitverfolgen. Dieses Fazit zogen Dominik Joho und Dominik Ogilvie, die am 1. Oktober 2025 zu einer Spazierfahrt durch die Quartiere Aussersihl und Industriequartier eingeladen hatten.

Als Startpunkt diente die Neufrankengasse, wo morgens und abends ein reger Radverkehr zu beobachten ist. Seit hier vor Jahren der Velo-Gegenverkehr eingeführt und die unübersichtliche Kurve mittels Randstein abgesichert wurde, haben sich die Frequenzen vervielfacht.

Doch sich durch Nebenstrassen zu mogeln, ist Velopolitik von gestern. Auf Initiative der SP hat sich die Stimmbevölkerung am 27. September 2020 unmissverständlich für ein weitgehend autofreies Netz von Velovorzugsrouten ausgesprochen. Die Umsetzung dieser Velowende ist jedoch, wie die Führung ergab, unterschiedlich weit fortgeschritten:

- In der **Basler-, Bullinger- und Stauffacherstrasse** wurde als erste Velovorzugsroute eine Verbindung nach Altstetten geschaffen, erkennbar an den grünen Farbbändern und grossen Piktogrammen. Noch ausstehend ist die Neugestaltung des Strassenraums, der mit Begrünung und Verbreiterung der Trottoirs nicht nur dem Zweirad zugute kommt. Für den Abschnitt ab Letzigrund stadtauswärts wurden die finalen Baupläne Mitte Oktober 2025 publiziert.

- In der **Herman-Greulich-, Brauer- und Zeughausstrasse** wird per Frühling 2026 die obige Route bis zur Sihl weitergeführt. Ablesbar ist dies heute erst an der Aufhebung fast aller Parkplätze. Denn hier wären Parkfelder nur zulässig, wenn sich zur Fahrbahn hin ein 70 cm breiter Bereich zum Schutz vor sich öffnenden Autotüren einfügen liesse.

- In der **Kanzleistrasse** ist ein zweiter Ast vorgesehen, der die Velofahrenden schon bald vom Bullingerplatz via Börse zum See führen wird.

- Bereits in Betrieb ist der **Stadttunnel**, der täglich rund 4000 Velofahrer:innen die riskante Fahrt rund um den Hauptbahnhof erspart. Und ab 2030 wird zwischen dem Viadukt bei der Josefswiese und dem PJZ eine weitere Quartierverbindung entstehen: Mit der **Franca-Magnani-Brücke** werden die Kreise 4 und 5 noch näher zusammenrücken.

Dominik Ogilvie, Vorstand SP5



## ZU GAST

Barbara Gysi  
Nationalrätin, SP Wil SG

### Prämienbelastung senken

Alle Jahre wieder: So schön sich der Herbst in den buntesten Farben zeigt, so ernüchternd sind die jährlichen Erhöhungen der Krankenkassenprämien. Auf nächstes Jahr steigen sie in Zürich gar um massive 5,2 Prozent. Nebst hohen Mieten, Kita-Tarifen und steigenden Konsumpreisen belasten die Kopfprämien die unteren und mittleren Haushalte enorm. Kein anderes europäisches Land hat so hohe Ausgaben durch die privaten Haushalte.

Die Gründe für die steigenden Kosten sind vielfältig. Einige sind nachvollziehbar wie die Alterung der Bevölkerung und bessere Behandlungsmöglichkeiten. Andere müssen dringend korrigiert werden: Die Fehlanreize bei der Tarifierung, die hohen Medikamentenpreise, die mangelnde Transparenz und die Gewinnabschöpfung durch Private. Darum sollen Gewinne aus Behandlungen der Grundversicherungen und Gewinne der Pharma an die Versicherten rückvergütet werden.

Potenzial für Kostendämpfung liegt auch in der Verlagerung von stationär zu ambulant. Mit einer besseren Koordination und der integrierten Versorgung können wir nicht nur Kosten einsparen, sondern auch die Behandlungen für die Patient:innen verbessern. Mit dem kompetenzgerechten Einsatz verschiedener Akteur:innen kann auch der Herausforderung des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen besser begegnet werden.

Allerdings geht es nicht nur um die Kosten, sondern auch um die Finanzierung und um das unsoziale Finanzierungssystem mit Kopfprämien. Das müssen wir ändern. Die Prämienverbilligung funktioniert nur ungenügend und wird immer wieder zusammengekürzt. Darum nimmt die SP Schweiz einen neuen Anlauf. Am 25. Oktober wurde eine neue Volksinitiative lanciert, mit einkommensabhängigen Prämienrabatten und kostenfreier Versicherung von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren – damit die Kaufkraft der Menschen gesichert wird.

- Um über den Teller- bzw. Quartierand zu blicken, laden wir in der Rubrik **Zu Gast** Goss:innen ein, zu nationalen Themen Stellung zu nehmen.

## DIE FRAGE

### Wie gehen Zürcher Schulen mit Handys um?

Die Handynutzung an den Stadtzürcher Schulen ist durch die Hausordnung klar geregelt: «Schüler\*innen dürfen ihre Geräte während der gesamten schulischen Betriebszeit auf dem Schulareal nicht benutzen. Sie müssen ausgeschaltet und nicht sichtbar aufbewahrt werden. Das Schulpersonal kann Ausnahmen zulassen. Bei Verstössen können Geräte vorübergehend eingezogen werden». Die Umsetzung dieser Regel ist Sache der einzelnen Schulen. In vielen Fällen müssen die Schüler:innen ihre Handys vor Schulbeginn bei der Lehrperson abgeben und erhalten sie am Ende des Schultages zurück.

Doch mit dem Verbot allein ist es nicht getan. Der Lehrplan 21 verpflichtet die Schulen, die Medienkompetenz der Schüler:innen zu fördern. Denn gerade in der Schule erreicht man alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von ihrem Elternhaus. Nur wenn Handynutzung und Social Media im Unterricht thematisiert werden, lassen sich Gefahren wie Cybermobbing wirksam ansprechen und auch reduzieren. Dafür braucht es aber Zeit, Know-how und ein klares Bekenntnis der Schule, sich dieser herausfordernden Aufgabe anzunehmen.

Aber auch Eltern tragen Verantwortung, ihren Kindern einen bewussten Umgang mit digitalen Medien vorzuleben und zu begleiten. Die Schulen können sie dabei mit dem nötigen Fachwissen unterstützen.

Eine Studie von Abrahamsson aus dem Jahr 2024 zeigt zwar, dass Handyverbote Mobbing reduzieren können. Aber zu glauben, damit liesse sich Cybermobbing komplett verhindern, wäre naiv: Kinder und Jugendliche haben nach Schulschluss wieder Zugriff auf ihre Geräte, was Mobbingverhalten ausserhalb der Schulzeiten ermöglicht.

Fazit: Ein pauschales Verbot von Handys in den Schulen ist nicht nur schwierig umzusetzen, sondern auch kein adäquater Ersatz für eine umfassende Medienbildung. Präventionsmassnahmen sollten stattdessen auf Aufklärung und Zusammenarbeit setzen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien zu fördern. Denn digitale Kompetenz schützt besser als jedes Verbot.

Katrin Wüthrich, Vorstand SP5  
Kreisschulpräsidentin Limmattal

- In der Rubrik **Die Frage** beantworten wir Fragen unserer Leser:innen. Schreib uns, was du schon immer wissen wolltest – über unser Quartier, über unsere Politik, über unsere Stadt – an [sp-info4-5@sp5.ch](mailto:sp-info4-5@sp5.ch)

## PORTRÄT

# Alarmphone Schweiz – zivile Solidarität in Zeiten der Abschottung

Während Europa über «Migrationsströme» und «Grenzschutz» debattiert, hören Aktivist:innen in der Schweiz Stimmen, die kaum jemand hören will. Menschen, die im Mittelmeer auf überfüllten Booten um ihr Leben kämpfen, rufen das Alarmphone an – eine zivile Notrufnummer, getragen von Freiwilligen, die dokumentieren, informieren und Druck auf Behörden ausüben, damit Rettungen stattfinden.

Das Alarmphone Schweiz, ein Zürcher Verein, ist Teil eines transmediterranen Netzwerks von rund 300 Aktivist:innen. Diese nehmen rund um die Uhr Anrufe entgegen, verfolgen Schiffsbewegungen, informieren Öffentlichkeit und Behörden und fungieren als Zeug:innen des Sterbenlassens, wenn Rettung ausbleibt. Ihre Arbeit ist digital, politisch und zutiefst menschlich. Sie reagieren auf einen Notstand, der längst strukturell geworden ist: das systematische Wegsehen – und somit auch Sterbenlassen – von Flüchtenden durch europäische Staaten.

### **Solidarität ist kein Ideal, sondern eine Handlung**

Die Krise auf dem Meer ist Ausdruck eines Klimas, in dem Empathie zunehmend durch Sicherheitsdenken ersetzt wird. Seenotrettung wird kriminalisiert, Grenzen ausgelagert, Fluchtursachen ignoriert. Das Alarmphone fordert Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle, und erinnert daran, dass Solidarität kein Ideal ist, sondern eine Handlung – oft klein, oft unsichtbar, aber konkret. Oder wie es eine der Akti-

vist:innen ausdrückt: «Es ist alltägliche Arbeit, die der staatlich organisierten Gewalt gegen migrierende Menschen Tag für Tag Selbstorganisation und Solidarität entgegensetzt – und sich weigert, diese Gewalt zur Normalität werden zu lassen.»

Auch in der Schweiz zeigt sich die Realität von Flucht und Ausschluss. In Städten wie Zürich leben viele Menschen, die selbst oder deren Familien auf der Flucht waren, manche ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Hier wird sichtbar, dass Grenzen nicht nur auf dem Meer verlaufen, sondern mitten durch unsere Gesellschaft. Dazu ein:e Aktivist:in: «Mobilität scheint uns so selbstverständlich – und sollte es auch sein. Dass die europäischen Grenzen für manche nur auf lebensgefährlichen Routen überquerbar sind, ist die direkte Folge politischer Entscheidungen. Die Schweiz ist in diese Entscheidungen eingebunden, etwa durch die Unterstützung der Grenzschutzagentur Frontex.»

Das Alarmphone Schweiz versteht sich nicht nur als Notrufstelle, sondern als politisches Projekt. Es macht hörbar, was sonst verdrängt wird und fordert Verantwortung ein – auch von einem Land, das sich gerne als humanitär versteht. Denn solange Europa seine Grenzen höher zieht, bleibt jede angenommene Telefonverbindung ein Akt des Widerstands.

---

**Andrea Hofstetter, Vorstand SP4**



## WAS MACHT EIGENTLICH

# eine Kantonsrätin?

**Kantonsrätin Nicola Yuste verrät, wieso man auch mit der SVP sprechen können muss und wieso das Amt als Kantonsrät:in Flexibilität erfordert.**



Ich bin über mein Wahlkampf-Engagement zum Kantonsratsmandat gekommen. Für die Wahlen im Frühling 2019 hatten wir noch Frauen gesucht, und ich habe mir gesagt, wenn schon Wahlkampf, wieso nicht gleich auf der Liste stehen? Ich konnte mir das Amt durchaus vorstellen, bin aber nicht davon ausgegangen, gewählt zu werden. Schliesslich war auch kein Sitz frei. Ich landete auf dem ersten Nachrutschplatz, und als Céline Widmer im Dezember 2019 überraschend in den Nationalrat gewählt wurde, bekam ich

meine Chance. Für mich war klar, dass ich das Amt antreten möchte, musste aber organisatorisch einiges abklären, weil das Kantonsratsmandat nicht so einfach mit dem beruflichen Engagement zu vereinbaren ist. Die Ratssitzungen finden am Montagvormittag und die Fraktionssitzung am Mittag statt, manchmal haben wir auch am Montagnachmittag Ratssitzung. Für die Kommissionsarbeit muss man sich einen weiteren Tag freihalten. Ich konnte bei meinem Job reduzieren und habe nun jeweils am Montag frei. Zudem arbeite ich viel am Abend und am Wochenende. Mal am Abend eine Kommissionssitzung vorzubereiten, gehört zum Amt. Diese Flexibilität muss man mitbringen.

Wir haben drei Aufgabenbereiche. Der erste sind Vorstösse, die ich als Erstunterzeichnerin einbringe oder an denen ich als Mitunterzeichnerin beteiligt bin. Vorstösse bringt man oft in Bereichen ein, in denen man aus anderen Engagements, aus dem Beruf oder aus persönlichem Interesse ein Vorwissen hat. Manchmal kommt die Inspiration auch über einen Zeitungsartikel.

Es empfiehlt sich, die anderen Fraktionen in einer frühen Phase einzubeziehen, wenn man den Vorstoss noch so anpassen kann, dass man den anderen entgegenkommt, ohne dass jedoch die gewollte Stossrichtung verwässert wird. Weiter muss man sich überlegen, mit wem man zusammenarbeitet: Wer hat genug Einfluss, um den Vorstoss in der eigenen Fraktion durchzubringen? Dies herauszufinden braucht Zeit, man muss wissen, wer, wo die Fäden zieht.

Der zweite Bereich ist die Kommissionsarbeit. Das ist die wichtigste und die interessanteste Aufgabe, weil man legifert, an Gesetzestexten feilt, Expertinnen und Experten anhört. Wenn ich für ein Kommissionsgeschäft zuständig bin, bereite ich die Voten vor und vertrete das Geschäft im Rat.

Die Kommission kann man sich nicht auswählen, sie wird einem aber auch nicht einfach zugeteilt. Das Fraktionspräsidium überlegt sich nach den Wahlen für die frei werdenden Sitze eine Verteilung, bei der die Präferenzen der Ratsmitglieder möglichst gut berücksichtigt werden. Bei mir lief es

Der Zürcher Kantonsrat hat 180 Mitglieder, 36 gehören der SP an. Die Klima-Allianz bestehend aus SP, Grünen, AL, GLP und EVP hat sich mit den letzten Wahlen 2023 im Vergleich zu den Wahlen von 2019 leicht verschlechtert, von 94 auf 91 Sitze. Die Allianz

hatte aber noch immer eine Mehrheit im Rat. Mit dem Wechsel von Isabel Garcia kurz nach den Wahlen von der GLP zur FDP verlor sie diese, und es kam von da an zu einer Pattsituation von 90 zu 90 Stimmen. Dem Wahlkreis 4 und 5 stehen 5 Sitze zu. Der Kantonsrat tagt

wie der Gemeinderat in der Bullingerkirche, und zwar am Montagvormittag. Eine Amtsdauer beträgt vier Jahre. Die nächsten Gesamterneuerungswahlen finden im Frühling 2027 statt.

anders. Ich habe mich nach meinem Amtsantritt in der Fraktion gemeinsam mit anderen um den freien Sitz in der STGK, der Kommission für Staat und Gemeinden, beworben und ihn bekommen. Die Wahl der Kommission hat mein politisches Wirken mitgeprägt. Viele meiner Vorstösse liegen im staats- oder demokratiepolitischen oder im Digitalisierungsbereich.

Der dritte Aufgabenbereich betrifft die allgemeinen Geschäfte wie Vorstösse anderer Parteien. Sobald diese im Rat behandelt werden, muss sich jede Partei dazu äussern. Derjenige Ausschuss, der in unserer Fraktion dem Thema am nächsten ist, behandelt das Geschäft, macht der Fraktion eine Abstimmungsempfehlung und bestimmt eine:n Sprecher:in. Diese:r muss sich bisweilen am Sonntagabend zu totem Chabis, wie zu SVP-Vorstössen, eine einigermassen schlaue Rede einfallen lassen.

Für die politische Arbeit braucht es Geduld und eine hohe Frustrationstoleranz. Und politisches Gespür: Mit welchen Themen können wir uns als SP profilieren? Bei welchen Themen lohnt es sich, mit einem Vorstoss möglichst schnell zu sein? Wo kann man sich Zeit lassen? Das grundpolitische Interesse ist das wichtigste und dass man gerne Menschen hat und sich auch mal auf eine halbstündige Diskussion mit jemanden einlässt, mit dem man überhaupt nicht die gleiche politische Einstellung teilt. Wenn man sagt, ich kann nicht mit SVP-Leuten sprechen, dann wird es sehr schwierig.

**Aufgezeichnet von Sabina Altermatt, Vorstand SP5**

- In der Rubrik **Was macht eigentlich – ein/eine ...?** stellen wir Genoss:innen der SP4 & 5 vor, die aufgrund ihrer SP-Mitgliedschaft ein Mandat innehaben.



## LUST & FRUST

**Thomas Sutter**  
Co-Präsident SP5

### Wenn das Laub fällt, steigen die Prämien

Das Jahr neigt sich seinem Ende zu, und wie immer werden die höheren Krankenkassenprämien fürs nächste Jahr bekannt gegeben. Ein Ritual, das sich jährlich so verlässlich wiederholt, wie sich die Blätter an den Bäumen gelb oder rot färben und zu Boden fallen. Dazu heisst es jeweils, man müsse eben die Gesundheitskosten senken und mehr sparen, dann werde es besser. Doch ehrlich gesagt, angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft und immer besserer Therapien, fehlt mir der Glaube daran. Und überhaupt – wollen wir in der Pflege noch mehr sparen?

So sehr es mich frustriert, wir werden wohl mit weiter steigenden Gesundheitskosten leben müssen. Ganz machtlos sind wir aber nicht. Wenn sich die Kosten kaum substanzial senken lassen, müssen wir Sozialdemokrat:innen wenigstens für eine gerechte Verteilung dieser Kosten sorgen. Heute bezahlt die Reinigungskraft eines Unternehmens gleich viel wie der CEO. Ein unhaltbarer Zustand.

Ideal wäre die Einheitskasse mit einkommensabhängigen Prämien. Die SP prüft derzeit, eine weitere Volksinitiative zu lancieren. Aber auch wenn Umfragen dafür breite Mehrheiten zeigen, dürfte die Umsetzung noch Jahre dauern. Kurzfristiger helfen Prämienverbilligungen, und über diese stimmen wir am 30. November gleich zweimal ab:

Kantonal über das Krankenversicherungsgesetz, das die Beiträge des Kantons um 50 Millionen Franken von 80 auf 100 Prozent der Bundesbeiträge anheben will. Und städtisch über die Prämientlastungsinitiative der SP, die Menschen mit Einkommen unter 60 000 Franken mit insgesamt 60 Millionen Franken unterstützen will. Damit verbilligt der Staat die Prämien – finanziert durch Steuergelder, die dank Progression vor allem von Wohlhabenden stammen.

Ich hoffe auf ein doppeltes JA am 30. November, damit sich in der trüben Stimmung rund um die steigenden Gesundheitskosten wenigstens ein kleiner Sonnenstrahl zeigt.

**Thomas Sutter, Co-Präsident SP5**

## PAROLEN 30. NOVEMBER

### Städtische Vorlagen

- JA** Prämienentlastungs-Initiative
- JA** Neuer Velo-Kredit
- JA** Gestaltungsplan «Seebahn-Höfe»
- JA** Ersatzneubau Wohnsiedlung Luchswiese
- JA** Schulanlage Riedhof
- JA** Beiträge an den Verein ELCH
- JA** Teilrevision Wahlbüro & Mehrheitswahlen

### Kantonale Vorlagen

- JA** Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»
- NEIN** Gegenvorschlag  
Stichfrage: Initiative
- NEIN** Initiative «Grundrecht auf Digitale Identität»
- JA** Gegenvorschlag  
Stichfrage: Gegenvorschlag
- JA** Einführung Krankengesetz
- NEIN** Änderung des Strassengesetzes

### Eidgenössische Vorlagen

- NEIN** Service-Citoyen-Initiative
- JA** Initiative für eine Zukunft

## NEU: SP 5 News Chat

Wir reagieren manchmal spontan auf aktuelle Ereignisse oder organisieren uns kurzfristig für Demos. Damit ihr immer informiert seid, haben wir eine WhatsApp-Gruppe erstellt.

Dort teilen wir Hinweise zu Aktionen und Anlässen der SP5. Kein Spam, versprochen! Meldet euch an, wenn ihr interessiert seid und bleibt auf dem Laufenden.



## AGENDA 2025/26

- 24. November** Winterapéro SP4
- 9. Dezember** Jahresabschluss-Anlass SP5
- 15. Januar** Queerer Wahlkampf-Anlass
- 24. Januar** Postkarten-Anlass SP 4 & 5
- 26. März** Generalversammlung SP5
- 9. April** Generalversammlung SP4
- 29. Mai** Gemeinsame Nomination Kantonsrat

### IMPRESSUM

erscheint dreimal jährlich

### Herausgeber:innen

SP Zürich 4, Stauffacherstrasse 60, 8004 Zürich  
SP Zürich 5, 8005 Zürich

### Redaktion

Sabina Altermatt, Thomas Sutter, Dimitri Witzig,  
Andrea Hofstetter

### Layout

Thomas Sutter

### Kontakt

sp-info4-5@sp5.ch

